

## Entschlossene Antwort an Moskau:

# Westmächte bleiben in Berlin fest

Beeinträchtigung alliierter Rechte wird nicht geduldet — Warnung an den Krenl

Washington (ap/dpa/upi) — Die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich haben in einer Dreimächteerklärung als Antwort auf das einseitige Vorgehen der Sowjetunion in Berlin betont, daß die sowjetische Regierung für alle Konsequenzen verantwortlich sei, die sich aus einer Beeinträchtigung der westlichen Rechte in Berlin ergeben könnten. Die alliierten Schutzmächte machen die Sowjetunion darauf aufmerksam, daß sie nicht ohne Zustimmung der drei Westmächte den Viermächtestatus von Berlin einseitig aufheben könne. Gleichzeitig wird betont, daß die Westmächte eine Beeinträchtigung oder eine Bedrohung der Freiheit Berlins nicht hinnehmen würden.

In der vom Botschafter-Lenkungsausschuß ausgearbeiteten gemeinsamen Erklärung werfen die Westmächte der sowjetischen Regierung vor, daß sie durch einseitige Schritte versuche, die seit langem bestehende Viermächte-Verantwortung in Berlin auszuhöhlen. Es sei jedoch klar, daß diese einseitigen Schritte auf die alliierten Rechte und die sowjetische Verantwortung in Berlin keinerlei Einfluß ausüben könnten. Die Westmächte versichern, daß sie auch weiterhin ihre Rechte in Berlin in vollem Umfange ausüben würden.

In der Erklärung heißt es weiter, daß die sowjetische Regierung zwar die Autorität habe, ihr Militärkommando in Deutschland so zu organisieren, wie sie es für richtig halte. Sie habe aber nicht das Recht, die Kommandantur abzuschaffen, die auf Grund einer Viermächte-Vereinbarung geschaffen worden sei.

Die Westmächte machen die Sowjetunion weiterhin dafür verantwortlich, auch ihre Ver-

pflichtungen im Sowjetsektor wahrzunehmen. Wie es weiter heißt, könne die Abschaffung der sowjetischen Kommandantur in keiner Weise die Einheit Berlins als Ganzes betreffen. „Trotz der illegalen Mauer und des brutalen Vorgehens der

ostdeutschen Behörden, die die Einwohner Ost-Berlins am Verlassen dieses Gebietes hindern, bleibt Berlin eine einzige Stadt, und kein einseitiger Akt der sowjetischen Regierung kann dies ändern“, heißt es in der Erklärung.



Tatort Mauer: Sowjetzonen-Grenzwächter schleppen den von ihnen erschossenen 18jährigen Flüchtling ab.

## Vopo ließ Schwerverletzten eine Stunde liegen

# Flüchtling verblutet an der Mauer

Westberliner Polizei mußte hilflos zusehen — US-Hubschrauber umkreiste den Tatort

Berlin (Eigenmeldung). An der Sektorengrenze ist am 17. 8. wieder ein Flüchtling erschossen worden. Es war ein 18jähriger Berliner, der zusammen mit einem gleichaltrigen Freund in der Nähe der Charlotten-

straße über die zwei Meter hohe Mauer flüchten wollte. Als die beiden bereits die Mauer erklimmen hatten, schossen Ostberliner Polizisten mit Maschinengewehren auf die Jugendlichen.

(Fortsetzung auf Seite 3)

## Die Antwort

A. S. Die Einsetzung eines sowjetzonalen „Stadtkommandanten“ für Ost-Berlin überrascht nicht. Sie fügt dem Moskauer Rechtsbruch mit der Auflösung der sowjetischen Stadtkommandantur nur noch einen Pankower hinzu, und —

Moskau startet also seine neue Berlin-Offensive in dem Bewußtsein, den Großteil der Neutralen, auf die man so große Hoffnungen gesetzt hatte, nicht hinter sich zu haben.

Bei allem Propagandaaufwand, der vom Kreml und vor allem von Pankow als Begleitmusik geliefert wird, glaubt man doch zu erkennen, daß Moskau das große Risiko auf

Kommandantur betraut wurde, haben also selbst die Sowjets zugegeben. Man weiß allerdings nie, wie lange sich Moskau an dieses selbst deklarierte Prinzip halten wird. Es ist nicht unmöglich, eher schon wahrscheinlich, daß der Kreml in nächster Zeit versuchen wird, wie weit er sich vorwagen kann.

Die westlichen Schutzmächte haben allerdings unmißverständlich erklärt, daß die Errichtung einer sowjetzonalen „Stadtkommandantur“ ihre Rechte in Berlin und auch den freien Zugang zur Stadt in keiner Weise berühren könnte. Sowohl Pankow wie auch Moskau sind also gewarnt.

Bisher nimmt sich der zweite Schritt der Sowjets in der Berlin-Offensive als eine Konzession Moskaus an Pankow aus, die den Kreml kein allzu großes Risiko kostet. Pankow wird jetzt lautstark behaupten, daß es auf dem Wege zur „souveränen DDR“ einen Schritt weitergekommen ist.

Mit dem sowjetzonalen „Stadtkommandanten“ werden die Kommandanten der alliierten Schutzmächte jedenfalls nicht verhandeln. Darüber gibt man sich in Pankow wohl auch keinen Illusionen hin. Das Gespräch über Berlin ist jetzt auf eine höhere Ebene heraufgehoben worden. Washington, London, Paris und Moskau werden von jetzt an direkt über Berlin verhandeln müssen.

Ihren zweiten Hebel in ihrer Berlin-Offensive haben die Sowjets mit ihren Schützenpanzern am Checkpoint Charlie angesetzt. Hier soll offensichtlich versucht werden, sich in West-Berlin „einzunisten“. Mit der völlig unbegründeten Drohung, notfalls alle alliierten Militärfahrzeuge in Ost-Berlin und auf den Zufahrtswegen zur Stadt durch sowjetisches Militär eskortieren zu lassen, versuchen die Sowjets, sich hart an den Rand des Bereichs heranzutasten, der vom Westen als die drei „Essentials“ bezeichnet worden ist, über die nicht verhandelt werden kann. Sollten die Sowjets den Versuch unternehmen, diese Drohung wahrzumachen, dann wäre der freie Zugang unmittelbar behindert. Auch hier wissen die Sowjets genau, wie weit sie gehen können, wenn sie nicht die Gefahr eines ernsthaften Konflikts heraufbeschwören wollen.



**ANSCHAUUNGSUNTERRICHT** in Politik erhielt diese Gruppe von afrikanischen Besuchern am Gedenkkreuz für den ermordeten Peter Fechter.

sie läßt die Stoßrichtung der neuen sowjetischen Berlin-Offensive um so deutlicher erkennen.

Moskau will offensichtlich den „Friedensvertrag“ mit sich selbst in Raten abschließen. Das entspricht durchaus der sowjetischen Taktik. Es scheint, als ob der Kreml den Gedanken einer großen UNO-Debatte über Berlin in den Hintergrund gedrängt hat, seitdem offenkundig geworden ist, daß selbst bei den Neutralen unter Anführung Nehrus wenig Neigung besteht, sich vor den Karren des Doppelgespanns Moskau-Pankow zerrren zu lassen.

jeden Fall bis zum heutigen Zeitpunkt nicht herausfordern möchte. Noch bevor der sowjetzonale „Stadtkommandant“ ernannt wurde, haben die Sowjets erklärt, daß Jakubowski „vorübergehend“ die Funktionen Solowjews, soweit sie den Personen- und Güterverkehr der alliierten Truppen, die Bewachung des Kriegsverbrechergefängnisses in Spandau und die Stellung der Wachen für das sowjetische Ehrenmal im Tiergarten betreffen, übernimmt.

Daß der neue sowjetzonale „Stadtkommandant“ nicht mit den Aufgaben der sowjetischen

## Appell Adenauers an Ost und West

Briefe des Kanzlers zur Berlin-Frage an die Regierungschefs der vier Großmächte

Bonn/Washington (Eigenbericht/dpa) — Bundeskanzler Adenauer hat die Regierungschefs der drei Westmächte und Ministerpräsident Chruschtschow in persönlichen Briefen aufgefordert, die akuten Gefahren der gegenwärtigen Lage in Berlin gemeinsam zu beseitigen. Der Kanzler kündigte seinen eindringlichen Appell vor dem Vorstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an. Über die Vorfälle an der Mauer besorgt, vertrat Adenauer die Ansicht, schnelles Handeln sei nunmehr unbedingt notwendig. Außerdem will die Bundesregierung schnellstens ein Weißbuch veröffentlichen, in dem alle Vorgänge seit Errichtung der Mauer der Weltöffentlichkeit aufgezeigt werden sollen.

## Flüchtling verblutet an der Mauer

(Fortsetzung von Seite 1)

lichen. Der eine konnte rechtzeitig nach West-Berlin abspringen, der andere stürzte, in den Rücken getroffen, in den Sowjetsektor. Über eine Stunde lag der Schwerverletzte zwischen Stacheldraht und Panzersperren, ohne daß ihm von Ost-Berlin aus geholfen wurde. Erst dann schleppten die Zonen-Grenzpolizisten ihn fort. Zu dieser Zeit war in West-Berlin nicht bekannt, ob der Flüchtling noch lebte oder bereits verblutet war. Kurz vor Einbruch der Dunkelheit wurde jedoch auf östlicher Seite ein Schild mit den Worten gezeigt: „Er ist tot.“

Die Hilferufe des Schwerverletzten waren bis nach West-Berlin gedrungen. Die Westberliner Polizisten konnten jedoch nicht helfen. Sie warfen dem Verblutenden Verbandzeug zu, das jedoch wenig nutzte, da der Verletzte mehrmals bewußlos wurde. Gegen Westberliner, die sich am Tatort versammelt hatten, gingen die Ostberliner Polizisten mit Tränengas und Rauchkörpern vor.

Ein Hubschrauber der US-Truppen kreiste währenddessen über der Mauer.

Über den Inhalt seiner persönlichen Briefe an Präsident Kennedy, Staatspräsident de Gaulle, Premierminister Macmillan und Ministerpräsident

Chruschtschow gab Adenauer keine Einzelheiten bekannt. Er machte vor dem Fraktionsvorstand auch keine Andeutungen darüber, ob er sich auf einen Aufruf beschränken oder zum Beispiel eine sofortige Viererkonferenz der für Berlin verantwortlichen Großmächte vorschlagen wird.

## Dibelius: Anzeichen neuer Barbarei

Berlin — „Anzeichen einer Periode neuer Barbarei“ nannte Bischof D. Dr. Dibelius die Vorgänge an der Mauer in Berlin in einer Begrüßungsansprache, die er auf einem Empfang aus Anlaß des Kongresses des

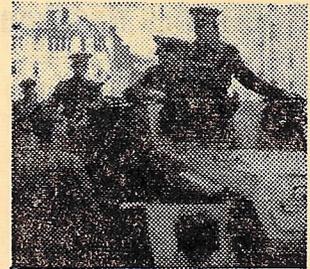
Ende menschlicher Existenz überhaupt sein wird?“

Bischof Dibelius richtete in diesem Zusammenhang einen

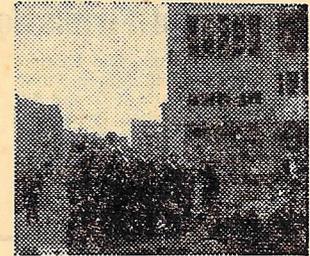
## Requiem für Peter Fechter

Berlin. Die Studenten des amerikanischen „Yale Russian Chorus“, die bei ihrem Aufenthalt in Berlin die Tragödie des bei seinem Fluchtversuch brutal niedergeschossenen Ostberliners Peter Fechter miterlebt haben, sangen nach Beendigung eines Konzertes in der Hochschule für Musik ein Requiem für den Toten in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Noch kurz vor Beginn seines Konzertes gedachte der Chor während der Kurzandacht in der Gedächtniskirche mit liturgischen Gesängen des Erschossenen.

Internationalen Verbandes Evangelischer Erziehungs- und Unterrichtsorganisationen in Berlin hielt. Teils durch die beiden Weltkriege, teils durch die explosive Entwicklung der Technik, speziell der atomaren Technik, sei diese neue Barbarei heraufgekommen, stellte der Bischof weiter fest. Sie äußere sich in der Nichtachtung der menschlichen Persönlichkeit sowie der völligen Loslösung des Menschen von christlichen Bindungen, aber auch in dem schier unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der Lebenshaltung der einen und der anderen Seite. Man müßte kein Herz im Leibe haben, wenn man nicht fragen wollte: „Müssen wir dem Absinken in die Barbarei zusehen und warten, ob sie wieder vorübergehen oder aber der Anfang vom



Stop — hieß es für die drei Sowjet-Panzerwagen am „Checkpoint Charlie“. Erst nach drei Stunden konnten sie passieren.



Der amerikanische Studentenchor „Yale Russian Chorus“ sang am Mahnmahl für Peter Fechter geistliche Lieder. Die Studenten waren Augenzeugen des Mordes an dem jungen Ostberliner Peter Fechter.

Appell an alle christlichen Kräfte, sich zu konzentrieren und Nebensächliches beiseite zu lassen. Er forderte vor allem von den christlichen Erziehern eine systematische Bemühung, um die Jugend in eine neue Anschauung von Lebenspflicht und Glaubensfreude zu führen. „Der Geist des Atheismus wird nicht durch rationale Vorgänge besiegt“, sagte Dibelius.

## Zonenoffizier plante Entführung

Tauschobjekt für sowjetischen Artillerieschlepper

Hünfeld (dpa). Flüchtlingsaussagen haben die Hintergründe des Grenzzwischenfalls bei Setzelbach in Hessen aufgeklärt, bei dem der Zonenoffizier Arnstadt erschossen worden war. Danach hat Arnstadt geplant, den Streifenführer des Bundesgrenzschutzes gewaltsam in die Sowjetzone zu holen, um ein „Tauschobjekt“ für einen sowjetischen Artillerieschlepper zu haben, mit dem kürzlich ein

Zonensoldat geflohen war. Offenbar habe er nicht damit gerechnet, daß der Bundesgrenzschutz das Feuer über die Grenze erwidern würde.

Flüchtlinge nehmen an, daß der Plan der Entführung des Bundesgrenzschutzoffiziers ein verzweifelter Versuch Arnstadts war, seine „Zuverlässigkeit“ zu beweisen und einer bereits angekündigten Maßregelung die Spitze abzubrechen.

## Geflohenes Mädchen erlitt Nervenschock

Berlin (ap). Im Feuerhagel der Maschinenpistolen der sowjetzonalen Grenzpolizei ist einem 16- bis 20jährigen Mädchen die Flucht durch den Stacheldrahtverhau an der Spandauer Zonengrenze geglückt. Unverletzt erreichte das Mädchen Westberliner Boden.

Wie die Westberliner Polizei mitteilte, hatte sie den Stacheldraht schon fast durchkrochen, als sie von den Grenzposten entdeckt und unter Feuer genommen wurde. Trotz des un-

geheuren Schocks, den sie erlitten haben muß, als die Geschossgarben rings um sie herum einschlugen, kroch sie weiter und erreichte die westliche Seite des Zaunes ohne getroffen worden zu sein. Westberliner Polizeibeamte brachten sie in Sicherheit. Ihr Name und ihr Alter sind bisher nicht bekannt, da sie durch den erlittenen Schock die Sprache verloren hat. Sie ist in ein Westberliner Krankenhaus eingeliefert worden.

## West-Firma boykottiert Zone

Heilbronn (dpa). Die elektrotechnische Fabrik Eugen Bayer in Heilbronn hat auf Grund der jüngsten politischen Ereignisse ihre Geschäftsverbindungen zu sowjetzonalen Firmen abgebrochen. Die Firma erklärte, sie wolle verhindern, daß ihre Ge-

räte dazu beitragen, das Ulbricht-Regime zu unterstützen. Bundeswirtschaftsminister Erhard ist von diesem Schritt unterrichtet worden. Das Heilbronner Unternehmen stellt vor allem hochwertige Mikrophone und Meßtelefone her.

## Steel ehrte Peter Fechter

Berlin (Eigenbericht). Mit einer demonstrativen Geste hat der britische Botschafter in Bonn, Sir Christopher Steel, den von Vopo erschossenen 18jährigen Bauarbeiter Peter Fechter geehrt. Begleitet vom britischen Stadtkommandanten Dunbar verharnte Steel einige Minuten schweigend vor dem Gedenkkreuz und legte einen Kranz nieder.

Pressevertretern gegenüber erklärte der Botschafter, dieses tragische Ereignis habe das Gewissen der Welt aufergütelt. Aber man dürfe nicht verges-

sen, daß der tragische Tod des 18jährigen nur einer von vielen ähnlichen Fällen gewesen sei. Sein tiefes Mitgefühl gelte nicht nur den Angehörigen Peter Fechters, sondern den Angehörigen aller Opfer sowjetzonalen Grenzposten.

## Leipzig ohne West-Verlage

Berlin (dpa). Auf der Leipziger Herbstmesse wird kein westdeutscher Buchverlag mehr ausstellen. Auch zwei Verlage aus München und Stuttgart, die auf der Frühjahrsmesse noch vertreten waren, haben nicht mehr gemeldet.

## Kein Visum für Bengsch

Berlin (dpa). Der in Ost-Berlin wohnende, katholische Bischof von Berlin, Bengsch, hat kein Visum zur Einreise nach Polen erhalten. Er wollte ursprünglich bereits am 24. 8. nach Warschau abreisen. Damit scheint der erste Besuch eines deutschen Bischofs in Polen nach dem 2. Weltkrieg verhindert zu sein.

Der Primas der katholischen Kirche von Polen, Kardinal Wyszynski, hatte Erzbischof Bengsch eingeladen, an der Wallfahrt zum Marien-Heiligtum in Czenstochau teilzunehmen.

## Vier Priester aus der Haft entlassen

Berlin (kna). Der in der Zone wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen zu einem Jahr und acht Monaten Gefängnis verurteilte Westberliner Kaplan Hermesmann ist am 15. August vorzeitig nach West-Berlin entlassen worden. Die mit ihm verurteilten Priester, Kuratus Niehöster und Vikar Bangel, sind bereits im Dezember 1961 freigelassen worden. Sie waren zu 18 Monaten bzw. acht Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Auch Kuratus Matuschewski aus dem Zonenbezirk Brandenburg ist aus der Haftanstalt entlassen worden. Er war wegen angeblicher Beihilfe zu versuchter Flucht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden.

## Bonn stimmt Registrierung der Berlin-Reisenden zu

Bl. Bonn. Das Bundeskabinett hat die Vorschläge des Berliner Senats für eine Registrierung des Fahrzeugverkehrs zwischen der Bundesrepublik und Berlin im Grundsatz gebilligt. Die Einzelheiten der geplanten Regelung sollten jetzt mit dem Senat vereinbart werden. Gedacht ist an eine „unkomplizierte Regelung“, die dem Grenzschutz-Einzeldienst und dem Zolldienst übertragen werden soll. Dabei will man laufend die Zahl der Fahrzeuge und deren Kennzeichen notieren.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2